



FORDERUNGEN AN DIE KOMMUNALE GEMEINSCHAFT IN RENDSBURG-ECKERNFÖRDE VON FRIDAYS FOR FUTURE

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Rolf-Oliver Schwemer,
sehr geehrte Bürgermeister*innen,
sehr geehrte Frau Kreispräsidentin Dr. Juliane Rumpf,
sehr geehrte Bürgervorstehende,
sehr geehrte Vertreter*innen der Kommunalvertretungen,
sehr geehrte Schulträger*innen,
sehr geehrte Lehrende,
sehr geehrte Direktor*innen,
sehr geehrte Vertreter*innen der Lokalwirtschaft,
sehr geehrte Einwohner*innen,
liebe Familie, Freund*innen und Bekannte,

seit Monaten sind wir auf der Straße und streiken, demonstrieren, protestieren für unsere Zukunft. Trotz der drohenden Strafen machen sich allein in Deutschland jeden Freitag zehntausende Jugendliche auf den Weg und stehen für die Klimarettung ein. Auf der ganzen Welt sind es jede Woche Hunderttausende.

Wir sind eine der größten Bewegungen und die größte Klimabewegung aller Zeiten. Über 1,6 Millionen (vor allem Jugendliche) haben am 15.03. für das Klima protestiert. Auch in Rendsburg und Eckernförde waren über 1100 junge Menschen auf der Straße.

Doch wir haben das Gefühl, dass wir zwar von allen Seiten Lob für unser "Engagement" bekommen, aber die Taten ausbleiben, dabei geht es uns mitnichten um Lob von denen, die seit Jahrzehnten die Klimakrise nicht als solche anerkennen.

Seit Jahrzehnten wird die Wissenschaft praktisch ignoriert. Nun ist unsere Lage so dramatisch, dass wir auf allen Ebenen einen tiefgreifenden und radikalen Umbruch brauchen. Das gilt für alle Bereiche, sei es Gesellschaft, Politik oder Wirtschaft.

Global, national, aber eben auch kommunal müssen in den kommenden Jahren Maßnahmen eingeleitet werden, andernfalls steuern wir in eine für uns nie dagewesene Katastrophe, die das Leben, wie wir es kennen, für immer zerstört. Das ist eine, derer wir uns nun endlich annehmen müssen.

Hungerdürren, neue Epidemien und existenzielle Schäden an der Umwelt werden dafür sorgen, dass große Landstriche auf der ganzen Welt unbewohnbar werden.

Allein durch den Meeresspiegelanstieg werden weltweit 250 Millionen Menschen ihre Heimat verlieren.

Wir bleiben von dieser Katastrophe mitnichten verschont: Auch hier vor Ort werden wir die Klimakatastrophe spüren, zum Beispiel durch eine Zunahme der Wetterextreme (mehr Perioden mit extrem trockenen als auch extrem nassen Monaten, mehr Extremniederschlagsereignisse) oder neue Krankheiten und landwirtschaftliche Schädlinge, die sich in Schleswig-Holstein etablieren.

Das ist eine Zukunft, die wir nicht wollen!

Im Zuge der Klimagerechtigkeit ist es uns ausdrücklich wichtig, dass der absolut nötige Strukturwandel und die damit möglicherweise verbundenen finanziellen Auswirkungen nicht auf den Rücken derer verteilt werden, die schon jetzt Schwierigkeiten mit der Finanzierung ihrer alltäglichen und grundlegenden Bedürfnisse haben.

Diese Prämisse gilt für all unsere folgenden Forderungen — sie bewahrt den sozialen Frieden und ermöglicht eine breite Zustimmung in der Gesellschaft. Außerdem wurde schon in dem Jahr 2006 unter Leitung des britischen Ökonomen Nicholas Stern herausgegebenen Stern-Report (Stern Review on the Economics of Climate Change) klar gezeigt, dass es für die Volkswirtschaft weniger Kosten verursacht, heute in mehr Klimaschutz zu investieren, als später die Folgen einer ungebremsten Klimakatastrophe tragen zu müssen.

Deshalb haben wir an Sie diese Forderungen formuliert.

*Die Vertreter*innen
von FridaysForFuture Rendsburg-Eckernförde*

KLIMANOTSTAND

Kernziel unserer Forderungen ist es, dass ein KLIMANOTSTAND in allen Gemeinden und dem Kreis verhängt wird.

Ein KLIMANOTSTAND bedeutet, dass bis 2035 ein Nettonull CO²-Austoß erreicht werden muss.

Auch wenn der IPCC von einem Nettonull bis 2040 oder 2050 spricht, gilt jedoch diese Angabe für die globale Gemeinschaft und nicht bloß für reiche industrialisierte Länder wie Deutschland. Im Zuge der Klimagerechtigkeit muss es unsere Absicht sein, das Ziel des Nettonulls früher zu erreichen, um einen Puffer zu schaffen.

Wir fordern explizit:

- » Die Kommunalvertretungen der Gemeinden, Städte und der Kreistag erklären den Klimanotstand und erkennen damit die Abwendung der Klimakatastrophe und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- » Die Kommunalvertretungen der Gemeinden, Städte und der Kreistag werden die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Geschäften berücksichtigen und, wenn immer möglich, jene Geschäfte prioritär behandeln, die die Klimakatastrophe oder deren Folgen abwenden.
- » Die Kommunalvertretungen der Gemeinden und Städte und der Kreistag orientieren sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- » Die Kommunalvertretungen der Gemeinden, Städte und der Kreistag prüfen ihre finanziellen Rücklagen und Anlagen (z.B. Pensionsfonds) und ziehen alle Mittel aus klimaschädlichen Wertanlagen ab (Divestment).
- » Die Kommunalvertretungen der Gemeinden, Städte und der Kreistag fordern, dass die Regierung die Bevölkerung des Kreises Rendsburg-Eckernförde umfassend über die Klimakrise, ihre Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, die gegen den Klimawandel ergriffen werden, informiert.
- » Die Kommunalvertretungen der Gemeinden, Städte und der Kreistag werben aktiv auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels.

Unsere Forderungen sollen einen konkreten Ansatz liefern, wie diese Ziele erreicht werden können.

MOBILITÄT

Der Individualverkehr scheint innerhalb eines Flächenkreises wie Rendsburg-Eckernförde unersetzlich zu sein. Das ist ein fatales Denken, denn im Durchschnitt hat der Verkehr in der Bundesrepublik Deutschland einen Anteil am Energieverbrauch von etwa 29%.

Die anstehende Neugestaltung und Ausweitung des Busverkehrs im Kreisgebiet lässt einen Lichtblick zu, doch wir sehen nicht, wie damit die Entlastung des Klimas im nötigen Umfang gewährleistet werden soll.

In Anlehnung an den Plan der Bundesregierung muss auch im Kreis Rendsburg-Eckernförde die Zahl der gemeldeten PKW mit Verbrennungsmotoren bis 2030 um 42% reduziert werden.

Um zu erreichen, dass bei uns im Flächenkreis Rendsburg-Eckernförde mehr Einwohner*innen auf ein eigenes Auto verzichten und stattdessen Bus, Bahn und Fahrrad wählen, fordern wir die konsequente Umsetzung des Masterplans Mobilität der Kiel-Region sowie des Mobilitätskonzepts für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg und eine stetige Ausweitung des öffentlichen Personennahverkehrs:

Busverkehr

- » Der Kreis Rendsburg-Eckernförde soll eine kommunale Busgesellschaft gründen und mit dieser den integralen Busverkehr perspektivisch realisieren.
- » Der Busverkehr im Kreis Rendsburg-Eckernförde soll bis 2030 kostenfrei werden – bis dahin sollen kontinuierlich Vergünstigungen finanziert werden. Insbesondere für junge Menschen ist es wichtig, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern mobil zu sein.
- » Die Busverbindungen insbesondere zu kleineren Gemeinden sollen stark ausgebaut werden.
- » Anlässlich lokaler Feste und Events soll ein zusätzliches ÖPNV-Angebot geschaffen werden, um den Individualverkehr zu verringern.

Motorisierter Individualverkehr

- » Die Realisierung neuer Straßen soll nicht aufgenommen werden. Stattdessen sollen angedachte Mittel im Fahrrad- und Busverkehr verteilt werden.
- » Die Realisierung neuer Parkhäuser soll abgelehnt werden.
- » Um die zurückzulegenden Strecken zu reduzieren, sollte eine dezentrale Daseinsvorsorge im Kreis gewährleistet sein.

Fahrrad

- » Die Ausgaben für Radinfrastruktur sollen bis 2023 verdoppelt werden.
- » Der Ausbau von Fahrradstraßen innerhalb größerer Ortschaften soll deutlich ausgeweitet werden.
- » Öffnung aller Einbahnstraßen für zweispurigen Fahrradverkehr.
- » Abschaffung der "Hol-/Bringzonen" vor den Schulen (Umwidmung in reine Fahrradstraßen und Fahrradparkplätze sowie Gemeinschaftsgärten).

ERNEUERBARE ENERGIEN (EE)

Bis allerspätstens 2030 fordern wir als Fridays for Future eine 100%ige EE-Stromversorgung und bis 2045 eine 100% EE-Wärmeversorgung.

Deshalb fordern wir:

- » Der Strommix von Rendsburg besteht aktuell nur zu etwa 50% und der Strommix von Eckernförde zu nur etwa 60% aus erneuerbaren Energien. Spätestens ab 2030 soll kein elektrischer Strom mehr aus nicht-erneuerbaren Energien durch die Stadtwerke und öffentliche Hand verkauft oder angekauft werden. Stromverluste durch lange Wege sind stärker durch Ankauf von lokal und kommunal produziertem Strom zu vermeiden.
- » Die öffentliche Hand soll durch eine intensive Zusammenarbeit mit den Gemeinden ein eigenes Netzwerk mit dem nötigen Speichersystem und eigenen Kraftwerken für erneuerbare Energien anschaffen.
- » In Zukunft soll der Strombedarf durch ein Zusammenspiel von kommunal öffentlich-rechtlichem Strom und kommunalen Energie-Bürgergenossenschaften gedeckt werden.
- » Bis 2030 soll diese öffentlich-rechtliche/bürgergenossenschaftliche Versorgung mit elektrischer Energie und bis 2045 mit Wärmeenergie gewährleisten.
- » Der Ausbau von Photovoltaik soll auf allen Gebäuden im Kreis gefördert werden.
- » Der Nutzen von neuen Technologien für den Kreis wie Wasserstoffbatterien und Methanisierung soll geprüft und nach positiver Rückmeldung genutzt und gefördert werden.
- » Alle Gemeinden und der Kreis sollen sich für einen stärkeren Ausbau der Netzinfrastruktur und erneuerbaren Energien auf Landesebene aussprechen. Dabei soll sich auch für die Ausweitung von Bürgerenergiegenossenschaften eingesetzt werden.

DIE VERWALTUNG

Auch innerhalb der Verwaltung sehen wir deutlichen Handlungsbedarf. Die öffentliche Hand muss in eigenen Wänden mit klarem Vorbild vorangehen. Außerdem sollte in der Entscheidungsfindung innerhalb der Kommunalvertretungen ein deutlicherer Fokus auf den Klima- und Umweltschutz gelegt werden.

- » Der Kreis und die Gemeinden sollen Klimaschutzpläne ausarbeiten und einmal im halben Jahr Rechenschaft über die Fortschritte gegenüber den jeweiligen Kommunalvertretungen ablegen. Diese Klimaschutzpläne sollen glaubhaft machen, wie die öffentliche Hand bis 2035 ein Nettonull an klimaschädlichen Emissionen erreichen will.
- » Wir brauchen mehr regionale hauptamtliche Mitarbeiter in den Kommunen, um Maßnahmen effizient umzusetzen. Die Bestrebungen des Kreises, eine regionale Klimaschutzagentur zu gründen, unterstützen wir sehr und fordern alle Kommunen des Kreises auf, Gesellschafter zu werden.
- » Alle Gebäude der öffentlichen Hand sollen in Zukunft klimaneutral gebaut werden und bis 2035 alle bestehenden saniert werden.
- » Öffentliche Gebäude und Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft oder mit öffentlicher Beteiligung sollen bis Ende 2020 ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden.
- » In den Verwaltungen sollen künftig nur noch regional und ökologisch erzeugte Lebensmittel verwendet werden. Das heißt auch und ausdrücklich Verzicht auf Waren von ethisch fragwürdigen Konzernen wie z.B. Nestlé oder Coca-Cola. In den Kantinen sollen vegane und vegetarische Gerichte einen Großteil des Angebotes ausmachen.
- » Jede Gemeinde soll "unverpackt"-Einkaufsmöglichkeiten schaffen. Dazu kann und sollte auch mit den lokalen Einzelhändler*innen zusammengearbeitet werden.
- » Mülltrennung sollte in allen öffentlichen Gebäuden, vor allem auch Schulen, gewährleistet sein. Momentan ist dies mangels Ausrüstung und Zeit der Reinigungskräfte vielerorts nicht möglich.
- » Beim Neubau von Gebäuden soll eine verpflichtende CO²-neutrale Errichtung und Versorgung eingesetzt werden (als Beispiel hierfür kann die Stadt Waiblingen gelten).
- » Die öffentliche Hand setzt sich nach ihren Möglichkeiten auf Landesebene für eine stärkere Förderung der ökologischen Landwirtschaft ein.

UMGEBUNG und GEMEINSCHAFT

Wenn wir die Klimakatastrophe abwenden wollen, müssen wir das gemeinsam tun — es müssen also möglichst viele Menschen mitgenommen werden. Bisher ist jedoch das Verständnis für die bedrohliche Lage, in der wir uns befinden, bei vielen Menschen nicht angekommen.

Deshalb müssen auch die Bemühungen der Aufklärung über die Klimakrise deutlich verstärkt werden. Den nötigen Strukturwandel schaffen wir nur zusammen und müssen die Aufgabe als ganze Gemeinschaft angehen.

Außerdem soll unsere Gesellschaft dahingehend gestaltet werden, dass Umwelt- und Klimaschutz deutlicher sichtbar werden:

- » Die Gemeinden und der Kreis sollten frei zugängliche Gemeinschaftsgärten einrichten.
- » Das Pflanzen von Obstbäumen an geeigneten Orten soll stattfinden. Diese lokalen Obstgärten sollen ökologisch angelegt und allen Einwohner*innen freizugänglich gemacht werden. Mögliche Erlöse aus Überschüssen sollen entweder für gemeinnützige Initiativen oder zur Refinanzierung der Obstgärten verwendet werden.
- » Auf allen dafür geeigneten Grünflächen der öffentlichen Hand sollen Blühstreifen für Insekten angelegt und, wo möglich, Bäume gepflanzt werden.
- » Mindestens einmal im Jahr sollen die Städte und der Kreis einen Klimatag mit Workshops und Programm zum Thema Klimaschutz anbieten. Dieser kann und sollte mit lokalen Festen verbunden werden.
- » Alternativen für To-Go-Becher u.ä. sollen durch ein konsequentes Mehrwegsystem im Kreis überall angeboten werden. Verbote von Einweggegenständen sind für die Umsetzung eines solchen Systems denkbar.

MITBESTIMMUNG

Es geht um unsere Zukunft. Wir wollen für sie kämpfen und lernen, aber wir wollen sie auch endlich wirklich mitbestimmen können!

Dazu rufen wir die kommunale Ebene auf, uns die Möglichkeit zu schaffen. Lasst uns mitgestalten, lasst uns unsere Demokratie nicht nur sehen, sondern lasst uns auch mitmachen:

- » Jede Gemeinde und der Kreis sollen Jugendbeiräte schaffen, die:
 - » in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl (von Schüler*innen, Auszubildenden, Studierenden und allen jungen Menschen im Kreis) gewählt werden,
 - » Antrags- und Rederecht in allen Ausschüssen haben und
 - » ein eigenes Budget für Maßnahmen, Projekte und Veranstaltungen haben.

AN DIE LOKALE LANDWIRTSCHAFT und WIRTSCHAFT

Die lokale Wirtschaft und Landwirtschaft sind fester und unbedingter Bestandteil der kommunalen Gemeinschaft. Daraus resultiert eine wichtige Verantwortung für unsere Region und den Kreis Rendsburg-Eckernförde. Wir wünschen uns, dass Sie mit daran arbeiten, unserer aller Zukunft nicht nur zu schützen, sondern zu retten.

Wir wollen regionaler und ökologischer einkaufen — geben Sie uns dazu die Gelegenheit.

Unsere Forderungen und Wünsche an Sie sind deshalb:

- » Wir wünschen uns neben dem Verzicht auf Plastiktüten und Plastikgurkenverpackungen sowie mehr echte "unverpackt" Einkaufsmöglichkeiten.
- » Die regionale Entwicklung von Mehrwegsystemen, die in Zusammenarbeit möglichst vieler lokaler Partner*innen funktioniert.
- » Entwicklung von überbetrieblichen Fuhrparks, um die Gesamtzahl der benötigten Fahrzeuge weiter zu reduzieren.
- » Die lokale Landwirtschaft fordern wir dazu auf, ihre Möglichkeiten für eine möglichst ökologische und klimaneutrale Landwirtschaft zu prüfen und umzusetzen.
- » Die Unternehmen sollen Energiemanagementsysteme einführen, um die Energieverbräuche signifikant zu reduzieren.

AN DIE SCHULEN und LEHRENDEN

- » Wir wollen, dass das Thema der Klimakatastrophe noch deutlicher Bestandteil des Unterrichtes wird. Deswegen wünschen wir uns, dass sich die Schulen durch Projektwochen oder -tage und Aktionen, wie Kleidertauschaktionen und Gemeinschaftsgärten, für den Klimaschutz und ein nachhaltigeres Leben engagieren.
- » Von Erziehenden ausgerichtete Frühstücksangebote sollen deutlich verstärkt auf ein vegetarisches und veganes Angebot setzen. Vor allem soll auch auf regional und ökologisch produzierte Lebensmittel gesetzt werden. Diesem Beispiel sollen Schulessen aus Kantinen folgen.

AN ALLE

Neben der Politik und Wirtschaft sind wir alle gefragt einen Wandel in der Gesellschaft mit Nachdruck voranzutreiben. Lasst uns alle gemeinsam eine Lösung für die Krise finden und umsetzen! Wir brauchen wirklich effektiven Schutz, jede*r ist gefragt, das zu tun, was sie*er leisten kann.

Wir werden auch in Zukunft für unsere Erde und gegen die Klimakatastrophe demonstrieren, protestieren und den Schulstreik fortführen - unterstützen Sie uns dabei und erhöhen Sie mit uns den Druck zum Wandel.